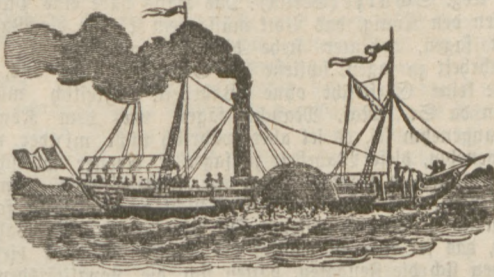


# Danziger Dampfboot.

N<sup>o</sup>. 25.

Freitag den 30. Januar.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaffengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1863.

34ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen. Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Neumeyer's Centr.-Ztg.- u. Annonc.-Bür. In Breslau: Louis Stangen. In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haafenstein & Begler.

## DANZIGER DAMPFBOOT.

Das Abonnement pro Februar und März beträgt 20 Sgr.

Auswärtige wollen sich direct an unsere Expedition wenden.

Hiesige können auch pro Februar mit 10 Sgr. abonniren.

## Telegraphische Depeschen.

Berlin, Freitag 30. Januar.

Die „Kreuzzeitung“ dementirt das Gerücht, daß mit Heyden-Carlton wegen Uebernahme des Handels-Ministeriums unterhandelt worden sei.

Lemberg, 28. Januar.

Die „Gazetta Narodowa“ berichtet: Die polnischen Insurgenten überfielen die Stadt Tomaszow (Gouv. Lublin) an der galizischen Grenze, vertrieben dort 500 Kosaken und entwaffneten viele Kosaken-Grenzposten. Tausend Insurgenten stehen bei Ostrolyka. Gegen die zwischen Brzesc Litewski und Biala Podolska campirenden Banden ist Militär ausmarschirt.

— Mieroslowski befindet sich nicht in Polen.

Wien, Donnerstag 29. Januar.

Der Presse wird aus Bukarest gemeldet, daß der Senat einen Antrag auf Absetzung Couza's vorbereite, weil derselbe die Verfassung in mehreren Punkten verletzt habe.

Turin, Mittwoch 28. Januar, Nachts.

In der heute stattgehabten Sitzung der Deputirten-Kammer erklärte der Finanz-Minister, daß die Session fortandere, damit die Botirung des Budgets für das Jahr 1863 nicht verzögert werde, und ersuchte die Kammer ungesäumt in die Diskussion desselben einzutreten, dabei jedoch politische Interpretationen zu vermeiden, die die Botirung verzögern könnten. Der Minister versprach zugleich einen Finanzplan, durch welchen bedeutende Ersparnisse zur Verwirklichung gebracht würden. Die Kammer trat sodann in die Diskussion des Budgets ein.

Hier eingetroffene Berichte aus Neapel melden, daß unter den Dokumenten der Fürstin Barberini ein chiffirter Brief vorgefunden sei, der eine Geldsendung des Königs Franz II. zur Reorganisation der bourbonnischen Comité's befunde und konstatiere, daß die am 16. stattgehabte Demonstration das Werk von Republikanern in bourbonnischen Diensten gewesen sei. Ein anderer bei der Fürstin Barberini gefundener Brief kündigt die Ankunft eines Verwandten des Marquis von Normanby an und beklagt sich über die gegen die Bourbonen gerichteten Verfolgungen.

Der Moniteur meldet, daß Lord Cowley von dem Grafen Ruffel beauftragt worden sei, Herrn Dreyfus de Lhuys auszudrücken, wie sehr die englische Regierung von der Rede des Kaisers an die Aussteller befriedigt sei und wie lebhaft sie wünsche, durch die Gefühle gegenseitiger Achtung die Freundschaftsbande, welche die beiden Völker und Regierungen verknüpfen, erstarken zu sehen.

London, Donnerstag 29. Januar.

Nach der „Morning Post“ werde der Prinz von Leiningen, ein Enkel der Herzogin von Kent, als Candidat für die griechische Krone vorgeschlagen werden. — Dagegen wird in einem Leitartikel der Times gesagt, daß die Kandidatur des Herzogs von Koburg nicht aufgegeben zu sein scheint.

Nach weiteren Berichten aus New-York vom 17. hätte Burnside angeblich den Rappahannock überschritten.

Petersburg, Mittwoch 28. Januar.

Das „Journal de St. Petersburg“ meldet, daß die Telegraphenverbindung zwischen Warschau und Petersburg wieder hergestellt ist. Zur Herstellung der Eisenbahn sind Truppen abgegangen. Die Russen haben Suracz besetzt und ein Detachement nach Tylloczin zur Verfolgung der zahlreichen Banden in den Wäldern abgeordnet. In Warschau steht für die Regierung Alles gut. In der Gegend von Brzesc Litewski und Biala Podolska haben sich ebenfalls Banden gezeigt. Die an Polen grenzenden Bezirke Kowno, Grodno und Volhynien sind in Belagerungszustand erklärt. Das Landvolk ist am Aufstande unbetheiligt. Ueberall werden Truppen concentrirt um die Rebellen zu ersticken.

— Dasselbe Blatt bringt Nachrichten aus Polen, die bis gestern Mittag reichen. Hiernach hatten sich die Insurgentenbanden in den Wäldern versteckt. An mehreren Orten liefern die Bauern die Auführer aus. Bei Lublin sind 20 Individuen ausgeliefert und sämmtlich den Kriegsgerichten übergeben worden. Von allen Orten, von denen Nachrichten eingetroffen sind, lauten dieselben günstig.

## Der Aufstand in Polen.

In dem Moment, wo die Kämpfe um unsrer inneren Entwicklung wieder mit erneuter Leidenschaft entbrennen, tritt über Nacht ein Ereigniß ein, das wie dazu bestimmt scheint uns daran zu mahnen, nicht in dem Gegensatz der Parteien den gemeinsamen Boden zu verlieren, nicht die ganze Kraft auf den Ausbau eines Gebäudes zu verwenden; während vielleicht der Boden wankt, auf dem wir dasselbe errichten wollen. Die Zeiten, in denen es uns vergönnt gewesen, die Ordnung unsrer inneren Angelegenheiten, unbeirrt durch die Rücksicht auf die auswärtigen Verhältnisse herzustellen, sind leider unbenutzt vorübergefallen worden; in der Zeit der drängenden Bewegung, in der wir heut zu Tage leben, ist es kaum möglich, eine Sache gründlich und ungestört zum Austrag zu bringen; die Beziehungen verwickeln sich so mannigfach, die Gesichtspunkte verschieben sich so rasch, die Interessen werden nach so verschiedenen Seiten zerstreut, daß, wer den Augenblick beherrscht, kaum des nächsten Tages sicher erscheint. Und welcher Staat wird wohl von den Gefahren, die in dem Schooße einer nicht fernem Zukunft ruhen, stärker bedroht als der preussische? nur mit gesammelter Kraft, in voller Uebereinstimmung zwischen Regierung und Volk wird er sie bestehen können, und immer von Neuem sind beide zu mahnen, diese so schnell als möglich herzustellen; den unglücklichen Conflict nicht noch mehr zu verbittern, sondern sich mit veröhnlichem Sinn halben Weges entgegenzukommen. In der ganzen östlichen Völkervelt großt seit lange eine dumpfe, tiefgehende Bewegung; sie ist ihrem Wesen nach so recht eigentlich gegen das Uebergewicht gerichtet, das deutsche Cultur und Sitte sich durch die angestrengte Arbeit von Jahrhunderten errungen haben, der Wohlthaten vergessend, die in ihrem Gefolge den rehen Bewohnern zu Theil geworden, sieht man jetzt nur die fremden Eindringlinge, durch die die eigne Nationalität unterdrückt worden ist; jetzt ist die Zeit gekommen, diese wieder in ursprünglicher Kraft aufstehen zu lassen, die Gebiete, die ihr entrisen worden, wieder einzunehmen und neue mächtige Reiche auf ihrer Grundlage zu errichten. Die Phantasie, welche die eignen Wünsche und nicht die Verhältnisse

der Wirklichkeit zur Grundlage ihrer kühnen Ausgebirten nimmt, scheint uns freilich bei diesen Plänen den meisten Antheil zu haben, aber grade sie ist am meisten geeignet, die Leidenschaften in Bewegung zu setzen, sie auch da zum Handeln zu treiben, wo sich jeder vernünftigen Erwägung die Hoffnung auf Erfolg von vornherein versagt. Namentlich in dem ganzen Verlauf der jüngsten polnischen Bewegung zeigt sich doch wieder hinkänglich, daß der Staaten bildende und erhaltende Sinn, der diesem unglücklichen Volke in so hohem Maße abgeht, auch nach allen den trübten Erfahrungen der Vergangenheit keine Fortschritte gemacht, die edlen Charakter-Seiten, welche dieselben früher auszeichneten, dagegen immer mehr der Degradation verfallen. Die Agitation ist jetzt seit länger als Jahresfrist durch Mittel unterhalten worden, die alle wohlwollenden Absichten des Regenten vereitelt, die Sympathie der gesitteten Nationen abgewandt, das Land selbst dem Druck des fürchterlichsten Terrorismus unterworfen haben. Wird ein Volk auf solche Weise zur Selbstständigkeit erzogen? Schauern muß man, wenn man an die Zustände denkt die eintreten würden, wenn es wirklich gelänge die russische Macht, die doch noch einen Rest von äußerer Ordnung erhält, zu vertreiben, nachdem durch die revolutionäre Verwilderung die sittlichen Unterschiede zwischen Recht und Unrecht bei dem Volke vollständig verwischt sind. Der offene Ausbruch der diesmaligen Erhebung scheint denn auch diesen Charakter gleich so deutlich anzuzeigen, daß er vielleicht dadurch die edleren Elemente der Nation zu dem Bewußtsein bringt, wie auf solchen Wegen ihre Wiedergeburt am wenigsten zu erreichen, sie zu dem Entschluß bringt, sich nicht länger dem grausamen Druck einer gewissenlosen Partei zu unterwerfen. Sollte ein solcher Umschwung eintreten, so könnte die Krise nur heilsam wirken. Ist das nicht der Fall, so wird auch die äußere Unterdrückung des Aufstandes an deren baldigem Gelingen weht nicht zu zweifeln ist, wenig an den bisherigen Zuständen ändern.

## Landtag.

Haus der Abgeordneten.

6. Sitzung. Mittwoch 28. Januar.

Heute wurde die Adresse hatte unter gleich starker Betheiligung des Publikums fortgesetzt. — Das Wort erhält zur allgemeinen Debatte der Abg. Westen. Es sei, beginnt der Redner, vor Allem zu bedenken, daß die Abneigung gegen eine Adresse im Allgemeinen zum Schweigen gebracht sei durch die ungerechten Anschuldigungen, welche gegen dies Haus geschleudert worden. (Der Ministerpräsident tritt ein.) Die letzten Zweifel habe die gestrige Rede des Ministerpräsidenten beseitigt. Derselbe habe Recht, klar sei die Situation, gut sei sie nicht. Herr v. Bismarck habe klar gesagt, daß leider der Conflict nicht zwischen dem Hause und dem Ministerium, sondern zwischen Krone und Volkververtretung bestehe, d. h. zwischen Krone und Land; der Ministerpräsident habe sich mit seiner Rede weit hinaus über das constitutionelle Gebiet bewegt; er habe den reinen Absolutismus herausgeholt (Rechts: hört! hört!) (Der Finanzminister tritt ein.) Der Redner wendet sich zu einer Beleuchtung der rechtlichen Seite der Bewilligungsbeziehung des Hauses im Budget. Stände die Sache so, wie sie Hr. v. Bismarck darstellt, so wäre unsere Verfassung nicht das Stück Papier werth, worauf sie geschrieben (Bravo links.) Zur Bewilligung sind allerdings drei Faktoren nöthig, zum Versagen genügt ein einziger. (Beifall.) Wenn aber, wie es der Fall ist, das Land zu dem Hause steht, dann hat auch das Land das Recht, seinen Willen auszusprechen; denn es ist richtig, Einer muß weichen, das Haus aber wird und kann auf dem Boden seines alten Rechtes nicht zurückweichen, die Zustimmung des Landes aber verbürge jenen Rechtsstandpunkt des Hauses. Diesen

Standpunkt theilten übrigen alle Parteien des Hauses mit Ausnahme jener kleinen Fraktion, welche sich nur auf egoistische Zwecke stütze, weil ihre Angehörigen die höchsten Stellen in der Armee wie in der Civilverwaltung und in der Nähe der königlichen Krone einnehmen, eine Partei, welche nur stark ist, wenn die Krone im Conflict mit der Mehrheit des Landes ist (Lebhafte Beifall.) Auf die Stellung und den Einfluß dieser Partei komme es gar nicht an, sie sei nicht stark genug, um auf die Dauer eine budgetlose Regierung zu ermöglichen. Man mache von Seiten der Regierung ein gefährliches Experiment, sie mache für die Zukunft selbst ein mäßiges liberales Regiment äußerst schwierig. (Beifall.) Wohin könne das jetzige System führen? Octroyirungen versprechen geringen Nutzen. Ein Wahlgesetz müßte unter den jetzigen Umständen schon ein höchst eigenthümliches sein (Gelächter), die Regierung würde jetzt immer die Intelligenz und das Vermögen gegen sich haben. Man dürfe sich über die Lage keine Illusionen machen, die Regierung besonders sei nicht in guten, sondern in gefährlichen Händen, niemals habe eine so schwere Krisis Preußen bedrückt als jetzt, und da alle Partei, mit Ausnahme jener kleinen, darüber einzig seien, so sei auch der Zeitpunkt gekommen, wo es gesagt werden könne und müsse. Da müsse hinsichtlich der Form die Minorität sich der Majorität fügen; Redner wünschte allerdings Manches im Majoritäts-Entwurf nicht, Manches anders gesagt, allein darauf komme es nicht an. Bei der Unmöglichkeit eines Zusammengehens des Hauses mit dem Ministerium würde von Seiten der Regierung jeder Adress-Entwurf des Hauses für eine Beleidigung verschrien werden. Noch sei von keiner Seite, abgesehen von den Feudalen, der Vorwurf der Unwahrheit gegen die Adresse der Majorität erhoben worden. Der Ton sei weder unehrerbietig, noch verleend, die alten Landstände hätten sich in Adressen gegen ihre Fürsten einer noch ganz andern Sprache bedient (Heiterkeit). Redner hätte den Passus über das Ausland anders gewünscht, um den Schein vermieden zu sehen, als ob man auf das Schiedsrichteramt des Auslandes provocire; dies sei nicht der Fall, in den Ländern des höchsten Nationalgefühls gebrauche man den Hinweis auf das Ausland als letztes Mittel zum Sturz einer unpopulären Regierung. Die Sprache Preußens am Bunde sei in diesem Augenblicke nichtsagend; Niemand in Deutschland habe eine Reform der deutschen Zustände unter dem jetzigen Ministerium für denkbar, die Organe der Presse seien einstimmig in ihrem Hohn gegen die jetzige Regierung, man denke nur an die Leipziger Zeitung und bedenke, daß die einzige Ausnahme sich in Pariser Zeitungen mit — iberen Berliner Correspondenzen darbiete (Gelächter). Ueberall in Deutschland komme man auf constitutionellem Boden vorwärts, nirgend, selbst in Oesterreich nicht, gehe man so weit, die Basis der Verfassung zu erschüttern; geschieht dies, wie bei uns, so müssen alle zusammenhalten. Ehe man dem Abolitionismus, der über uns hereinbreche, freien Spielraum gönne, ehe werde man die heiligsten Bande zerreißen sehen, ein Versuch dazu würde die Existenz dieses Landes erschüttern. (Beifall.)

Abg. Dr. Zehrt gegen die Adresse, weil dieselbe von einseitiger Auffassung der Lage ausgegangen. Das Haus trage die Schuld an dem Conflict durch die Stellung, welche es in der Militärfrage eingenommen, durch den Mangel an Mäßigung im vergangenen Jahre. Es fehle an einem offenen Bekenntnis der Schuld und in die Höhe träte eine Sprache, welche den Conflict nur verschärfen könne. Man habe kein Recht, sich über Beamtenmaßregelungen zu beklagen, Jeder gebrauche seine Macht, wie er könne; habe doch die Majorität die Mitglieder der Minorität von den Commissionen ausgeschlossen.

Abg. Janiczewski erklärt sich im Namen seiner Freunde für die Adresse, und zwar aus Princip, weil es sich um die Bekämpfung des Rechtes gegen die Willkür handle. Freilich seien der polnischen Bevölkerung Preußens ihre Rechte verkümmert, ihre Muttersprache nicht einmal frei vergönnt worden, allein das Wenige, was sie an verfassungsmäßigen Rechten genöthigt, verdankt sie der Verfassung, zu deren Schutz die Adresse erlassen werden soll. Der Redner und seine Partei erklären sich für den Majoritäts-Entwurf, nur dem Satz VIII. könnten sie sich nicht anschließen, ihr politisches Gefühl könne sich nicht mit den rein deutschen Wünschen vereinen, wenn sie ihnen auch volle Sympathien zuwenden. Die deutsche Einheit leide an einem innern Widerspruch. Was Deutschland erstrebe, wolle es den Polen verjagen. Einheit und Freiheit habe Deutschland auf seine Fahne geschrieben, leider stehe Zerissenheit und Knechtschaft diesem Wunsche entgegen. Großes lasse sich nur durch große Gesinnung erreichen; so lange diese fehle, bleibe die deutsche Einheit nur ein Traum.

Abg. Reichenperger (Bekannt) will sich zunächst dagegen schützen, daß die Minoritäten dafür verantwortlich gemacht würden, wenn das Haus nicht einstimmig die Adresse annehme. Der letzten Adresse des Hauses sei eine zu große Devotion nach Oben vorgeworfen, jetzt scheine es, wolle man in das Gegenteil umschlagen und dabei sei man aus der Scylla in die Charybdis gerathen. (Widerspruch links.) Dafür spreche Satz V. mit seinem Lamento über die Loyalitätsdeputationen. Der Umstand, daß, wie v. Carlowitz meine, der Erfolg der Adresse gar nicht berücksichtigt zu werden brauche, könne dafür keine Entschuldigung sein. — Dem Redner scheine die ganze Adresse inopportun, man werde damit nicht erreichen, die Verfassungsverletzung wirksam zu constatiren. Was gegen die letztere bisher vernommen, treffe freilich auch nicht zu. Was der Ministerpräsident von den Beamten gesagt, die trotz der Verfassungsverletzung ihren Gehalt erhoben, sei aus feudalen Blättern genommen und gehöre als scherzhaft Verwendung auch wohl dahin, nicht aber vor eine ernste Versammlung wie das Haus. Von keiner Seite sei ja ein Beschluß gefaßt worden, welcher der Regierung versage, ihre

geheimlich festgestellten Verpflichtungen zu erfüllen! — Das Lamento gegen die Loyalitätsdeputationen sei ungerechtfertigt. Majoritäten dürften sich nicht überheben und die Kreuzzeitungspartei mit Vorwürfen überhäufen; sind Verläumdungen vorgekommen, so müsse man sie entweder mit Verachtung übergehen, oder den Schutz des Gesetzes gegen die Verläumder anrufen, (Beifall rechte), allein vor Sr. Maj. darüber klagen gezeime sich nicht. Noch unzweckmäßiger sei die Berufung auf das Ausland, dem man kein Schiedsrichteramt einräumen dürfe, das heiße Alles Nationalgefühl verläugnen. Ueberdies stehe Preußen eben so gut und besser, als irgend ein Land in Europa; die ganze Adresse gieße Del ins Feuer, daher sei der Redner dagegen, er wolle an seinem Theile nicht dazu beitragen, jede Hoffnung auf friedliche Lösung abzuschneiden.

Abg. Schulze (Berlin): Das Haus habe eine Pflicht gegen den König, das Volk müsse dem Könige die Wahrheit sagen, dahinter stehe die Courtoisie zurück; die Wahrheit zu sagen, schließe die Ehrfurcht nicht aus, es gebe keine Ehrfurcht ohne Wahrheit. Freilich müsse man da Sr. Maj. Manches sagen, was dem Könige unangenehm sei, es sei aber wahrlich nicht minder unangenehm, diese Wahrheit zu sagen. Redner wünschte, daß man dem Könige lieber nur Gutes sagen könnte; daß dies nicht möglich sei, liege nicht an dem Hause, sondern an den Verhältnissen. Die Verleugnung der Wahrheit, das sei eine Verletzung der Ehrfurcht, und dieser hätten sich die Feudalen, hätten sich die Loyalitätsdeputationen schuldig gemacht. Der Redner geht nun zu einer Erörterung über das Verhalten des Hauses zum Budget über. Das Haus habe ja nur das Extraordinarium für das Militärbudget gestrichen, und daß darum der preussische Staat nicht ruhig hätte fortexistiren können, wie bis zum Jahre 1860, das müsse noch bewiesen werden. Wie man aber aus dem Erlaß des Steuerzuschlages von 25 pSt. Aufhebens machen könne, sei geradezu unfählich (Heiterkeit). Auf dem Wege, den die Staatsregierung betreten habe, werde man nie in constitutionelle Bahnen zurückgelangen. Das ganze constitutionelle System erscheine da als ein Spielwerk, für welches man wahrlich nicht so viel Kraft und Ernst einzusetzen brauchte, als es von Seiten der Abgeordneten und des Volkes geschieht. Das werde allgemein gefühlt, aber in den Entwürfen von Vinke und Reichenperger werde es nicht genug betont. Man müßte geradezu die Augen schließen, wollte man zu dem schweren Leide schweigen, unter welchem das Vaterland leuft. Um eine Adresse zu machen, brauche man nicht erst eine Commission zur Untersuchung einzusetzen, es handele sich nicht um einzelne Fälle, wie nah diese auch liegen, wenn man nur an den Pfarrer Gräfer denken wolle. Man bemängele den Passus über die Loyalitätsdeputationen, ja dieser Satz sei von der reinsten Ehrfurcht dictirt, denn es handle sich darum, hier die Wahrheit der Lüge, der Verleumdung die Ehre entgegen zu setzen. Der Redner und seine Freunde werden nicht durch die Loyalitätsdeputationen berührt; zu der Partei des Redners stehe das Land, aber der König müsse erfahren, wie es um das Land stehe, welches sich durch jene so eigenthümlich zu Stande gebrachten Deputationen „mit Roth beworfen“ fühle. Die feudale Partei habe sich wie immer so auch bei dieser Debatte mit der Krone identifizirt und doch sei sie es, die dem Staate stets die schlechtesten Dienste erwiesen. Wohl sei es gerathen, sich auf das Ausland zu berufen, denn die Actionspolitik v. Bismarck's, mit so großem Pompe verkündet, scheitert zunächst an den Feudalen, die sich zu wohl unter Metternich's Einfluß auf Preußen und demjenigen der Politik von Olmütz befunden hätten. „Was ist das?“ habe ein Feudaler aus dem Hause den Redner gefragt, „der Ministerpräsident will nach Innen conservativ sein, und nach Außen Fortschrittspolitik treiben?“ Der Mann habe Recht gehabt. Der Vordredner sehe denn doch die Lage Preußens zu rosig an, das Ansehen Preußens sei erschüttert, noch belebe der Wunsch nach einem Parlamente ganz Deutschland; einem Deutschen Parlament, welches v. Bismarck beriefe, würde sich kein Mensch anschließen. Redner ist der Meinung, daß diese Debatten das Ansehen des Landes Preußen im Auslande nicht schwächen, sondern stärken würden, denn das Ausland und die eifrigsten Gegner wissen, daß der Erniedrigung die Erhebung folgt. — Einheit aller Parteien wäre freilich zu wünschen, darin sind wir auch wohl einig; daß die Verfassungslücke durch — Rückkehr zum Absolutismus ausgefüllt werden soll, dem gegenüber hört alles Deduciren auf. Zu den alten Verfassungsverletzungen ist eine neue gekommen. Der Kernpunkt aber liegt in dem vollkommenen Verrücken des constitutionellen Königthums, wie es nicht größer sein kann dadurch, daß die Minister sich durch den Träger der Krone decken; die Krone ist erblich und unverleßlich, das ist das erste constitutionelle Princip. Die Grenze der Handlungen des Königs ist der verantwortliche Minister und diese sehr sinnvolle Einrichtung schützt das Volk, wie den Träger der Krone; Unverleßlichkeit und Verantwortlichkeit paßt nicht zusammen. Wer hieran tastet, tastet die Grundlage des constitutionellen Königthums an, kein Minister darf sich mit der Person des Königs decken wegen seiner Verantwortlichkeit dem Lande gegenüber (Beifall), und diesen Grundsatz hat der Ministerpräsident in seiner gefügigen Rede auf die Spitze getrieben, auf den Kopf gestellt. (Lebhafte Beifall.) Man hat gesagt, es gehöre Muth dazu, ein Minister zu sein; dieser Muth documentire sich daran, in erforderlichem Falle dem Könige auch einmal Etwas abzuschlagen zu können. Es sei verwerflich, Person und Namen des Königs in den Streit der Parteien hineinzuziehen. Redner und seine Partei würden sich nicht verlocken lassen auf diese abschüssige Bahn zu folgen. Dem Volke, das sich politisch heranreifend zeige, wie die Selbstbesteuerung, der Nationalfonds beweisen, sei man es schuldig, frei und offen über das Ministerium hinweg zum Könige zu sprechen. Die Abgeordneten dürften nicht zurückweichen; wolle das Volk es thun, so möge es dies versuchen, dann aber müsse es die heutigen

Abgeordneten nicht wieder wählen, letztere hätten die Pflicht jetzt zu sprechen, wenn sie sich nicht verbündigen wollten an dem heiligen Geiste der Geschichte. (Lebhafte Beifall links.)

Der Finanzminister kann die Vorwürfe der Adresse nicht als zu Recht bestehend anerkennen, die Verfassung sei weder verletzt noch gebrochen, Art. 99 der Verfassung bestehe unangetastet. Jener Artikel schreibe der Regierung allein vor, einen Vorschlag einzubringen, dieser Pflicht sei sie nachgekommen. Der Minister giebt nun einen Rückblick auf die Geschichte der Behandlung dieses Vorschlages durch das Haus und constatirt die Verwerfung des Budgets durch das andere Haus; die Regierung sei davon unberührt geblieben. Ihr sei die schwere Frage anheim gefallen, was nun? Niemand habe dies schwerer empfunden, als der Redner, dem als Finanzminister die schwerste Verantwortlichkeit obliege. Weder ein acuter, noch ein chronischer Verfassungsbruch brauche die Folge davon zu sein. Es gebe dazu kein anderes Mittel, als den Etat pro 1862 zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen, was mit dem 15. März d. J., wo der Rechnungsabschluss erfolge, geschehen werde. Die Bestimmungen von der nachträglichen Genehmigung von Etatsüberschreitungen träfen hier nicht zu, da ein Etat nicht vorliege (Sensation). Dies sei kein verfassungswidriges, sondern verfassungsmäßiges Verfahren. „Ich hoffe, schließt der Redner, daß diese meine aus innerster Ueberzeugung gesprochenen Worte die Aufnahme finden werden, welche ich erwarten darf.“

Die allgemeine Debatte wird auf Antrag des Abg. Heydenreich geschlossen.

Abg. Birchow: Die Haltung des Ministeriums in diesen letzten zwei Tagen hat gezeigt, was wir zu erwarten haben. Der Kriegsminister, dessen Ressort nach unserer Ansicht ebenfalls an der Verfassungsverletzung theilhaftig ist, hat geschwiegen, der Herr Justizminister (Heiterkeit) hat nicht eine Silbe gesagt. (Hört! Heiterkeit.) (Der Kriegsminister verläßt den Saal.) Man hat gesagt, unser Standpunkt sei nicht der der Ehrerbietung, entspreche nicht dem constitutionellen Wesen unseres Staates; der Herr Ministerpräsident findet, daß unsere Adresse offen darlege, was die Majorität des Hauses wolle: nämlich die Herrschaft über das Land. Ich dachte, das wäre auch ein Punkt, wo der Herr Justizminister (Heiterkeit) dem Ministerpräsidenten hätte darthun können, daß es sich um ernste Verfassungsfragen in Bezug auf bestimmte Artikel der Verfassung handle und nicht um allgemeine staatsphilosophische Betrachtungen, daß es auf das Recht des Landes ankomme und nicht auf etwaige neue seltsame Principien, (Herr v. Bismarck tritt in den Saal.) Der Herr Ministerpräsident, der nur an den Anfängen unseres Verfassungslebens persönlich theilgenommen und seine Studien dann an anderen weniger dazu geeigneten Orten fortgesetzt hat (Heiterkeit), faßt den schwebenden Conflict durchaus falsch auf. Es handelt sich nicht um einen Streit zwischen dem Abgeordnetenhaus und der Krone, sondern um einen Streit zwischen Landesvertretung und dem Ministerium; der Gegensatz besteht zwischen Landesvertretung und Ministerialmacht (Bravo!), zwischen Macht und Recht, zwischen der Macht des Ministeriums gegen das Recht des Landes. Der Ministerpräsident sagt uns: „der Staat muß leben“, und daraus folgert er alles andere. Ich frage: Ist das ein Satz für einen Staatsmann? Der Ministerpräsident betont die Nothwendigkeit von Compromissen; gleichsam als ob es noch kein Landrecht gebe, als ob ein solches erst neu zu schaffen wäre. Wenn man uns sagt: „An Euch ist es, zu bieten“, wo stehen wir dann? Wie ist da ein Compromiß möglich? Welche Anerbietungen sollen wir dann machen? Es fehlt an der ersten Voraussetzung zur Verständigung. Ein Redner hat behauptet, „daß es keine preussische Sprache gebe.“ Es giebt eine solche Sprache, und zwar diejenige, welche die Minister reden (Heiterkeit) und die die ganze Welt nicht versteht. — (Große Heiterkeit). — Wir können uns mit diesem Ministerium, zumal es durch die schweigende Haltung des Justizministers unterstützt wird (Heiterkeit), nicht verständigen. Meine Herren! mit Hilfe dieser Herren Minister und mit ihrer Unterstützung, ja mit ihrer gnädigen Belobung sind die vielbesprochenen Loyalitäts-Deputationen an dem Hofe des Königs erschienen. Im Volke hat man sich vielfach gefragt, ob man diesem Adressensturm gegenüber einen anderen Sturm bei Sr. Majestät anregen sollte. Es würde ein Leichtes gewesen sein, förmliche Prozeffionen herzustellen, die ganze Stadt Berlin anzufüllen, und zwar nicht mit Soldaten, welche in der Wilhelmstraße costümiert wurden, sondern mit den ersten Männern des Landes, mit den Trägern der Bildung, des Capitals und der Industrie, mit Allem, was das Land an gebildeten Männern besitzt. Aber man hat sich gesagt, daß diese Prozeffionen wahrscheinlich nicht die Theilnahme der Herren Minister finden, daß sie von den Pforten des königlichen Schlosses zurückgewiesen werden würden, daß es ihnen nicht möglich sein würde, das Ohr des Königs zu finden. Man hat schließlich angenommen, dieses Haus, welches unmittelbar hervorgeht aus den Wahlen des Volkes, sei berufen, zu sprechen bei Sr. Majestät, das Haus sei der gesetzliche Vertreter des Volkes, das einzige Organ, durch welches das Land zu Sr. Majestät dem Könige sprechen könne. In dieser Hoffnung hat man geschwiegen und ist von solcher Demonstration zurückgetreten, wofür die Minister uns dankbar sein werden, daß wir die vorgekommenen ärgerlichen Scenen nicht noch verstärkt haben. Nun sind wir da. Wir stehen hier als das Organ des Landes und wir sprechen zu Sr. Majestät. Wir können wohl hervorheben, daß in der ganzen Welt nur eine Meinung herrsche, und das ist die, daß dieses Ministerium und diese Loyalitäts-Deputationen nicht berechtigt sind, die Majorität des Landes zu repräsentiren. Ich erlaube mir, Ihnen in Kürze eine sogenannte Loyalitäts-Deputation vorzuführen, und zwar diejenige, welcher der Herr Kriegsminister die bekannte Antwort ertheilt hat und zu der er gesagt hat, die conservative Partei sei faul und feig. (Heiterkeit.)

Seider ist von dieser Partei augenblicklich Niemand im Hause anwesend. (Heiterkeit. Die Mitglieder der feudalen Fraction hatten den Saal verlassen.) Jene Deputation kam aus dem Wahlkreise Grünberg-Freistadt. Vor ihrer Abreise wurde die Adresse zurecht gemacht und angefündigt, daß sie zur Unterschrift ausläge. In der Adresse findet sich folgender Passus: „Es erfüllt uns mit tiefem Schmerz und Leid, die Majorität des Abgeordnetenhauses noch von Männern vertreten zu sehen, die Eure Majestät überall entgegenzutreten, alles unterstehen, was zur Vernichtung alles Heiligen führt (Heiterkeit), die die Heiligkeit der Ehe, den Bestand des Handwerks u. s. w. ihren Ideen zum Opfer brachten. Noch größer wurde unsere Entrüstung, als wir sahen, bis zu welcher Höhe die Bogen des Abfalls stiegen, der Frevler sich erhob.“ (Hört! Heiterkeit.)

Die Meisten von uns haben es unter ihrer Würde erachtet, gegen jene Adressen etwas zu thun. In dessen gegen diese Maßlosigkeit ist der betreffende Abgeordnete bei Gericht eingeschritten. Was ergab sich da? Der erste Unterzeichnete, der Superintendent Hr. Wolf in Grünberg erklärte, daß seine Unterschrift sich gar nicht auf diese Adresse bezöge. Er habe nur eine andere von ihm verfaßte Adresse unterzeichnet wollen, unter dieser Adresse habe man seine Unterschrift ohne sein Wissen und Willen gesetzt. (Hört!) Der zweite Unterzeichnete, Regierungsrath Ludewig, erklärte, er wisse nicht, wie sein Name auf diese Adresse gekommen. (Hört!) Der 3., Senator Schulz, erklärte, seine Unterschrift bezöge sich auf eine andere Adresse, unter dieser stehe sein Name ohne sein Wissen und Willen. Der vierte Unterzeichner, Webermeister Klinge erklärte, er hätte seinen Namen auf einen leeren Bogen geschrieben. (Hört.) So blieb nur der fünfte übrig. Gegen ihn ist der Rechtsweg betreten. — Diese Deputation ist nun nicht nur vom König, sondern auch von zwei Ministern empfangen worden. Ueber diesen Empfang hat ein Mitglied öffentlich berichtet. Danach hat der Ministerpräsident hervorgehoben, daß man in England Beamte, denen alle Conduite fehle, absetze und wenn die Regierung dies nicht thue, sie auslade. Der Kriegsminister hat über die weitere Entwicklung der conservativen Partei in der oben bezeichneten Weise gesprochen. In dieser Weise ist vorgegangen worden, während doch die Minister sich hätten vorher überzeugen sollen, was diese Deputationen wollen, auf welche Weise sie zu Stande gekommen u. s. w. Der Herr Minister hat auf die Verhältnißlichkeit der Regierung hingewiesen, wir dagegen hätten unausführbare Beschlüsse gefaßt. Erstens, meine Herren, haben wir es nicht als ein Entgegenkommen betrachtet, als der Ministerpräsident erklärte, daß er das Amendement v. Vinde acceptirt. Das wäre ein Entgegenkommen v. Vinde's gegen die Regierung. Wir wollten keine provisorische Erledigung, sondern definitive Regulirung. Zweitens unsere Beschlüsse seien unausführbar gewesen und das hätten wir selbst gewußt. Ich verweise den Ministerpräsidenten auf den ausführlichen Bericht der Budget-Commission über das Militärbudget vom vorigen Jahre S. 19 und 20. In diesem Passus ist anerkannt, daß eine erhöhte Rekrutenausbildung wünschenswerth, daß eine Abkürzung der Präsenzzeit geboten sei, daß eine Erleichterung der Landwehr notwendig u. s. w. Schließlich heißt es: „Wolle die Staatsregierung einen finanziell haltbaren Plan vorlegen, würde man etwaige Mehraufgaben nicht scheuen. Man wolle erwarten, ob hierzu die Regierung die Initiative ergreifen wolle. Geschähe dies nicht, so müsse es bei der alten Gesetzgebung bleiben.“ Die Regierung hat die Initiative nicht ergriffen. Wir weisen jeden Vorwurf zurück. Wir haben die Wege der Veröhnung gezeigt, die Regierung hat keinen betreten. Die Herren Minister führen in Bezug auf innere Politik das Rezept des Mundschauers aus: sie beschäftigen uns mit nichtigen Dingen. Auf diesen Weg geben wir nicht ein. Wir sollen hier offen sprechen, dem Könige sagen, was im Volke lebt. Weiter haben wir keine Verantwortung. Wir haben unsere Pflicht gethan; es ist an dem Volke, die Feindte zu thun. (Bravo!)

Ministerpräsident v. Bismarck: Der Herr Vorredner hat sich die Angriffe dadurch erleichtert, daß er mir eine Anzahl Dinge in den Mund gelegt hat, welche ich nicht gesagt habe, und dann eine Anzahl unberechtigter Folgen daraus gezogen hat. Ich habe kein Bedürfnis, auf eine Widerlegung einzugehen, ich glaube mich gestern deutlich genug ausgesprochen zu haben. (Ruf: ja wohl.) Ebenso bemerke ich, daß auf Äußerungen, die nur den Zweck haben, mich persönlich zu beleidigen — daß auf solche Redeart einzugehen mir die Stellung, die ich einnehme, sowie meine gesellschaftliche Gewohnheit nicht erlaubt. Der Vorredner hat aber auf die Loyalitäts-Deputationen hingewiesen. Das Einzige, was in seiner Rede richtig ist, sind die Worte, welche ich an die Deputation aus Grünberg gerichtet habe. Diese Worte sind richtig wiedergegeben, und ich halte sie aufrecht. Man hat einen großen Eifer gegen die Loyalitäts-Deputationen geäußert. Wollen Sie den treuen Unterthanen Sr. Maj. des Königs das Recht bestreiten, ihre Meinung auszusprechen? Hat Sr. Maj. nicht das Recht, diese Unterthanen zu empfangen? Haben Sie ein Recht dies zu verhindern? Können Sie nicht ebenso gut Deputationen an Sr. Maj. den König senden? Sie sagen, daß Sie durch diese Adressen beleidigt sind; ich habe viele von den Adressen gelesen, habe aber keine Beleidigung darin gefunden, wenn sie auch eine scharfe Kritik enthielten. Aber das muß ich Ihnen sagen, ich bin überrascht von der Empfindlichkeit des Hauses, ich selbst Objekt der Kritik wird, während Sie selbst Ihre Angriffe gegen uns richten, denn die soeben gebürte Rede läßt in dieser Beziehung nichts zu wünschen übrig. Das Einzige, was mir aufgefallen ist, ist in der Adresse des pommerischen Provinziallandtags enthalten, welche das Verhalten des Hauses als ein unpreussisches charakterisirt. Ich eigne mir dieses Urtheil nicht an, aber es hat eine Berechtigung nach dem, was uns entgegengehalten worden ist. Wenn das Wort „Preußen“ gewissermaßen als ein halbes Schimpfwort mir entgegengehalten wird, wenn gesagt wird, ich verstehe die preussische Sprache nicht — (Widerspruch! Oh! Oh!) Ich bin

stolz darauf, eine preussische Sprache mit Ihnen zu reden, und Sie werden sie noch oft hören.

Kriegsminister v. Roon: Ich würde das Wort nicht ergriffen haben, wenn nicht der Vorredner mich genannt und zu einer Berichtigung veranlaßt hätte. Wenn die andern von ihm behaupteten Thatsachen nicht korrekter sind, als die eine mich betreffende, so bedauere ich, daß sie nicht sehr glaubwürdig erscheinen. Ich hoffe, daß ich glaubwürdig über die Worte Zeugniß ablegen kann, die ich selbst gesprochen, wenn ich auch sonst bei Ihnen auf Glaubwürdigkeit nicht zählen darf. (Oh!) Meine Herren! Ich habe Proben. Das Parteiwesen ist eine neue Erfindung in Preußen seit 1848, die, glaube ich, nicht zum Heile des Landes gereicht. Es giebt aber noch sehr viele achtbare Personen, die noch nicht Partei ergriffen haben. Es ist das, wenn man sie bezeichnen soll, die Partei der Ordnung, die die Ruhe liebt und ihren Geschäften ordnungsmäßig nachgehen möchte. Dieser Theil des Volkes ist immer geneigt, der Regierung die Leitung zu überlassen. Dieser Theil des Volkes besitzt allerdings nicht die achtungswerthe Rührigkeit der Parteien, die sich bei den letzten Wahlen betheiligten. Dieser, glaube ich, ist die Majorität des Volkes. Wenn die sich lebhafter betheiligten an den Kämpfen der Gegenwart, wozu sie anspornen eine Pflicht der Regierung ist, würde das Resultat der Wahlen ein anderes sein. Es existirt ein Wahlrecht aber keine Wahlpflicht. Wenn Sie sich auf die Majorität berufen, die Sie gewählt, so kann ich sagen, daß 27 pCt. der berechtigten Wähler keine Majorität sind. Sie sind gesetzlich gewählt und sind für den Augenblick allerdings die gesetzlichen Vertreter des Landes. Ich habe der conservativen Partei nicht den Vorwurf gemacht, daß sie faul und feige sei. Derjenige Theil derselben, welcher sich bis jetzt organisiert hat, ist Gott sei Dank nicht faul und feige.

Justizminister Graf zur Lippe (mit Zeichen fröhlichen Staunens empfangen): Man hat vermischt, daß ich nicht das Wort genommen; es scheint, als ob das gleichbedeutend sei mit der Frage, ob eine Solidarität des Ministeriums existire? Ich schließe mich den von dem Minister-Präsidenten und dem Finanzminister bargelegten Anschauungen an; ich erkläre, daß ich mich mit jenen in vollständiger Solidarität befinde und glaube nicht, daß ich noch nöthig habe, besondere Deductionen geben. Ich bin aber vom Vorredner (Virchow) noch persönlich angegriffen worden. Er hat behauptet, daß ich die der Adresse zur Grundlage dienenden Thatsachen, welche eine Verfassungsverletzung constatiren sollen, nicht widerlegt habe. Nun ist es aber in der Jurisprudenz ein unbestrittener Grundsatz, daß nicht die Negative zu beweisen sei, sondern positive Behauptungen. Es ist also nicht meine Sache, einen Beweis zu führen. Der Beweis des Positiven ist freilich gegen mich versucht worden. Der Vorredner hat von Maßregelung der Presse gesprochen ohne genau zu sagen, was er darunter versteht. Ich glaube, er meinte die Verfügung wegen der Anwendung der Inserate an die amtlichen Blätter. Damit sollte aber nichts Anderes bezweckt werden, als die Beseitigung eines alten Streites (Heiterkeit) und eine Maßregel von praktischer Bedeutung, durch welche die Inserate concentrirt werden; letzteres ist schon durch das neue Handlungsgesetzbuch geboten. Sollte der Vorredner die Verfolgung der Presse durch die Staatsanwaltschaften nach bestimmten Anweisungen im Auge gehabt haben, so ist zwar eine Menge von gerichtlichen Verfolgungen notwendig gewesen, die ich tief beklage als Beweis dafür, daß das Gefühl für die Innehaltung einer bestimmten Grenze nicht lebendig genug sei; aber ich bitte zu beachten, daß es nicht bloß einen Artikel 27 der Verfassung giebt, sondern auch einen Artikel 28. Wenn dem Gesetze Geltung verschafft wird, und ich meinen Theil daran habe, so kann mir das nicht zum Vorwurf dienen; ich habe meine Pflicht gethan und werde sie, so lange ich im Amte bin, auch ferner thun.

Abg. Freiherr v. Vinde: Der Abg. Reichensperger hat darauf hingewiesen, daß das Charakteristische der Repräsentativverfassung Compromisse sind. Auch ich betrachte mich als Mandatar der Rechte des Landes. Wir handeln in dem Bewußtsein, daß es sich hier nicht um Personen, sondern um Recht und Wohl des Landes handelt. Wir leben in einem monarchischen Staat. Es giebt keinen Staat, für den die monarchische Staatsform so notwendig ist, wie für Preußen. Wir gerade müssen uns vor allem Antimonarchischem hüten, wir besonders sind durch unsere Könige groß geworden. Wir sind doppelt veranlaßt daran zu denken. Wir sind ferner noch ein sehr junger Verfassungsstaat, unser constitutionelles Leben ist noch neu. Die Theorie von der Stellung der Krone über den Parteien ist bei uns noch nicht so in die Praxis übergegangen, als auch ich es wünsche, ist noch nicht so weit wirkliche Thatsache, als z. B. in England. Es gehört bei uns zu den historischen staatspraktischen Traditionen, daß die Könige persönlich eingreifen in die Verwaltung, wie dies in vorzüglichem Maße von Friedrich dem Großen geschehen ist. Eine Adresse müßte aber doch nicht auf eine noch nicht praktisch gewordene Theorie sich stützen, sondern sie muß die realen Verhältnisse berücksichtigen, wenn man überhaupt — was von vernünftigen Menschen doch zu erwarten — einen Erfolg erreichen will! Es scheint mir nun in Besondere in Conversationen zu mißfallen, welche zwischen Allerhöchsten und gewissen Bewohnern des Landes stattgefunden haben. Die Beachtung dieser Ehrfurcht ist freilich eine Gefühlsache und nicht mit Beweisen darzutun. Ich habe aber in dieser Hinsicht zwei Bemerkungen zu machen gegen die conservativen Partei und gegen das Ministerium. Wie kann eine Partei auf den Namen der conservativen Anspruch machen, welche nur conservirt ihre eigenen Privatinteressen, ihre verfassungswidrigen Privilegien, und wenn sie nicht das öffentliche Recht des Landes vor Allem conservirt? Wie kann sie sich Aristokratie nennen wollen, wenn sie — abgesehen von der Maxime: noblesse oblige — nicht in erster Reihe der Kämpfer für die

Verfassung steht? (Beifall.) Sie sollte die Verfassung bewahren wie ein unveräußerliches Fideicommiss gleich dem Grund und Boden, worauf sie wohnt. Das Ministerium aber hätte die Krone schützen sollen vor den Belästigungen der Loyalitäts-Deputationen, zumal zu ihm ein früherer Staatsanwalt gehört, der am Besten vorbereitet sein mußte, die Thatsachen zu constatiren, welche den Paragraphen des Straf-Gesetz-Buches Hohn sprechen. (Bravo! Heiterkeit.) Im Uebrigen stimme ich dem Abgeordneten für Berlin bei, daß es unter der Würde des Hauses wäre, eine Verfolgung deshalb eintreten zu lassen; aber aus demselben Grunde durfte man ihrer auch in der Adresse nicht erwähnen. Auch hätte es vermieden werden müssen, durch die Form Sr. Majestät möglicher Weise zu verletzen. Je sicherer man sich in seiner Rechtsposition fühlt, desto milder und mäßiger kann man sich ausdrücken. Der Referent verlangt Nachweis der Stellen, welche in dieser Hinsicht zu tabeln wären. Dazu gehört der Ausdruck: „Das Land sah mit Schrecken den ganzen Gewinn unserer bisherigen staatlichen Entwicklung in Frage gestellt.“ Dann scheint mir ungebührlich: die enge Verbindung des Namens Sr. Majestät mit der in Nr. V. bezeichneten Minderheit der Nation. Am meisten aber ist der Inhalt der Nr. VIII. anstößig: „die Verfassung ist durch die Minister schon jetzt verletzt“, noch dazu geperrt gedruckt, wenn Sie sich das vergegenwärtigen, was ich vorher über die nicht wegzuleugnenden Traditionen des preussischen Königthums bemerkt habe. — Der Redner stellt nunmehr speziell die Adresse der Commission seiner eigenen gegenüber. Jene soll, wie es in der Commission auch gesagt worden, eine „Anlageacte sein, ein Surrogat für eine Minister-Anklage in Ermangelung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes; die Majorität möge aber bedenken, daß sie im vorigen Jahre einen Beschluß gefaßt, der zur Hälfte nicht ausführbar, weil die Millionen bereits zur Hälfte verausgabt, zur Hälfte nicht ernstlich gemeint war. Daß die Minister dolosor Weise gehandelt haben, wie doch vorausgesetzt werden müßte, könne er nicht annehmen. Ueberhaupt halte er eine Anlageacte in Form einer Adresse ebenfalls für eine Verletzung der Ehrfurcht. Die Majorität begehre den Fehler, daß sie anklagt, ohne, wie es politischen Männern ziemt, zu zeigen, wie aus dem Conflict herauszukommen sei. Nach einigen weiteren Ausführungen kommt Redner auf Punkt 6 des Adress-Entwurfes, die Maßregelung der Beamten. Man habe seitens der Gegner auf die Praxis des letzten liberalen Ministeriums hingewiesen, sich dabei aber eine arge Verwechslung zu Schulden kommen lassen. Wir haben unter dem Ministerium Manteuffel stets gegen die Anomalie gestritten, daß man Beamte wegen ihrer Thätigkeit als Abgeordnete maßregelte. Wir haben das bewiesen, als der Abgeordnete von Bodum-Dolffs unter dem Ministerium Manteuffel gemahregt wurde, als die Herren v. Hilgers und Dellius ein gleiches Schicksal hatten. Auf der andern Seite hat das Ministerium, das aus unsern Reihen entnommen war, den Grundfatz festgehalten, höhere Verwaltungsbeamten, die als Beamte, nicht als Abgeordnete der Regierung feindselig gegenüberstanden, zur Disposition zu stellen, und ich mache es der jetzigen Regierung nicht zum Vorwurf, wenn sie einen Oberpräsidenten, weil er ihr zu liberal ist und einen gefährlichen Posten an der Spitze einer wichtigen Provinz inne hat, entfernt. Wohl aber mache ich ihr daraus einen Vorwurf, daß sie einen Beamten, wie den Abg. v. Bodum-Dolffs zu ärgern sucht und nur das Gegentheil erreicht, daß sie ihm eine Bürgerkrone aufsetzt, die, wie jener selbst zugeben werde, weit über sein parlamentarischen Verdienst hinausgeht; daß sie ihn an einen Ort verlegt, wie er sich ihn kaum hätte besser ausfinden können, nach Gumbinnen, in die Hauptstadt von Jung-Lithauen. (Schallendes Gelächter.) Mit der Ansicht meines Freundes, des Abgeordneten für Anklam, gar keine Adresse zu erlassen, kann ich mich nicht einverstanden erklären, der Adresse der Majorität mich nicht anschließen. Wenn sie Einigkeit der Parteien wolle, so stimme sie für unseren Entwurf, der in nicht verletzender Form den Hauptpunkt enthält, auf den es ankomme, und den Sie, ohne sich etwas zu vergeben, unterschreiben können. Wir können Ihrem Entwurf nicht beitreten, der Stellen enthält, die wir für verlegend halten, und die Sr. Majestät vielleicht auch für verlegend hatten könnte. — Noch im letzten Augenblick fordere ich Sie auf: stimmen Sie mit uns, aber wie Sie auch stimmen mögen, vergessen Sie nicht, daß wir als Preußen zu dem Könige reden. (Beifall von der Fraction Vinde.)

Handelsminister Graf Tzenplitz: Ich erlaube mir noch einige Worte und zwar in altpreussischer Sprache, wie ich sie gewöhnt bin zu sprechen. Einer der Vorredner hat gesagt, es sei allein die Schuld der Regierung, daß dieser Conflict eingetreten sei. Dem muß ich entgegenwidersprechen. Wir sind in den Conflict hineingerathen, weil Sie mit der Streichung der beinahe 6 Millionen einen unmöglichen Beschluß gefaßt haben. Ich sage nichts weiter, als dies, ich erörtere nicht, warum Sie den Beschluß gefaßt haben. — Thatsache ist aber, daß wenn die Herren, welche den Beschluß gefaßt haben von demselben Tage ins Ministerium getreten wäre, Sie den Beschluß auch nicht hätten ausführen können, denn verzehrte Rationen lassen sich nicht wieder herbeischaffen und die Armee kann man nicht zur Hälfte entlassen. (Die Vertagung der Sitzung wird beantragt und angenommen). Es folgen hierauf persönliche Bemerkungen.

Der Präsident kündigt die Fortsetzung der Debatte auf morgen 10 Uhr an. Schluß 4½ Uhr.

Berlin, Donnerstag 29. Januar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Adreßdebatte fortgesetzt. Nach den Reden von Reichensperger-Geidern und v. Sybel, welcher schließlich äußerte, es sei dies der ungeeignete Moment, wegen der Militärfrage das Vaterland zu zerreißen, zwischen dem rechtlichaffen Könige und dem loyalen Volke Berge aufzuthürmen, prostrahirte Graf Gutenberg gegen die Beschuldigung des Verfassungsbruches. Der König wolle die Durchführung der

Armeereform mit allen gesetzlichen Mitteln, und befindet sich in vollster Uebereinstimmung mit dem Ministerium. Die Disziplin der Beamten sei notwendig; heute Beamter, morgen Abgeordneter sein, gehe nicht. Die Regierung müsse sich solcher Beamten entledigen, dies sei Schuld der Beamten, nicht der Regierung. Der Ministerpräsident fragte, ob die Majorität ein Ministerium bilden könne und wolle? Auch das vorige Ministerium begann mit einer Majorität und endete mit einer Minorität. Graf Schwerin replitzte lebhaft. Gneist konstatierte am Anfange seiner Rede dem Ministerpräsidenten die Beweise für die Unwahrheit der Beschuldigung einer parlamentarischen Regierung. Das Ministerium habe das Unterscheidungsvermögen zwischen Recht und Unrecht verloren und den schlimmsten Dienst dem Könige damit erwiesen, daß in Preußen abgestimmt werde, ob für, oder wider den König? Die vorgestrigte Erklärung des Ministerpräsidenten sei eine Verschärfung des Konflikts und ein Manifest des Absolutismus. Der Ministerpräsident erklärte sich gegen die Politik auswärtiger Verwicklungen zur Erledigung innerer Streitigkeiten. Schließlich wurde die Adresse mit 255 gegen 68 Stimmen angenommen. Die Minorität bitet die Feudalen, die Binde'sche Fraktion und fast alle Katholiken. — Der ausführliche Bericht über diese Sitzung folgt in der nächsten Nummer d. Bl.

### Kokales und Provinzielles.

Danzig, den 30. Januar.

Ueber das in hiesiger Stadt allgemein verbreitete Gerücht, daß die Corvette „Gazelle“ auf ihrer Fahrt mit einem Piratenschiff ein Gefecht gehabt, ist auf amtlichem Wege bis jetzt noch nichts Bestimmtes festgestellt. Am 28. d. M. ist hier von einem Offizier der Gazelle ein Brief, datirt vom 21. d. M., aus Gibraltar, eingetroffen, welcher eines solchen Ereignisses nicht Erwähnung thut. An Bord war damals Alles wohl.

In der gestrigen Sitzung des Gewerbe-Vereins hielt Herr Oberlehrer Tröger einen Vortrag über den deutschen Zollverein. Der Herr Vortragende beleuchtete das Thema nicht nur von der wissenschaftlichen, sondern auch von der praktischen Seite in erschöpfender Weise und erwarb sich durch die ächt deutsche Gründlichkeit der Behandlung den Dank seiner Zuhörer. Nach dem Vortrage machte Herr Dr. Kirchner noch einige interessante gewerbliche Mittheilungen.

Aus einer Anzeige des hiesigen Frauen-Vereins für hilfsbedürftige Veteranen geht hervor, daß die jüngst stattgehabte Theater-Vorstellung für diese einen Reinertrag von 309 Thln. 28 Sgr. 6 Pf. gehabt hat und überdies die Einnahme von 719 Thln. durch Verkauf von Handarbeiten und andern Gaben erzielt worden ist. Der so überaus thätige Verein statet der hiesigen Theater-Direction in Betreff der Bereitwilligkeit für die genannte Vorstellung wie allen edlen Gebern den wärmsten Dank ab.

Der Predigt-Amts-Candidat Borgius von hier ist von dem Königl. Konsistorium als Pfarrverweser einer neu begründeten königlichen Stelle in Kossabude bei Pr. Stargardt ernannt worden und soll dieses Amt schon am Palmsonntage antreten. Vor seinem Weggange aus der Vaterstadt wird dieser beliebte Kanzelredner noch über einige interessante Fragen Vorlesungen halten. Wie wir hören hat derselbe das Thema gewählt: „Ob Stoff oder Geist?“

[Theatralisches.] Sicherem Vernehmen nach wird der Königl. Hofopernsänger A. Niemann aus Hannover in diesen Tagen hier eintreffen und schon am Montag, den 2. Febr., als Joseph in der Oper „Jacob und seine Söhne“ auftreten. Der beliebte Künstler wird ferner den „Fra Diavolo“ und den „Faust“, in der kürzlich in Berlin mit so großem Erfolge gegebenen Gounod'schen Oper: „Faust und Margarethe“ singen. Herr Niemann hat auch als Darsteller des Faust einen großen Erfolg gehabt und alle Berichte über diese Leistung sind des Lobes voll.

In der verwichenen Nacht wurde die Feuerwehr nach der Anterschiedegasse No. 22. gerufen, woselbst in dem aus der Küche des Erdgeschosses führenden Schornsteine der Glanzruß sich entzündet hatte.

### Handel und Gewerbe.

Danzig, 30. Januar. Ueberall klaues stürmisches Wetter. Das Eis der Weichsel ist streckenweise fortgegangen, vor dem Ausflusse liegt es aber auch jetzt noch fest und da die Witterung zum Frost neigt, so haben wir der Streifenfabrik-Eröffnung wohl noch nicht sobald entgegen zu sehen. In England paßt der gelinde Winter für alle Zwecke: Feldarbeit und Zufuhr nebmen ihren gewünschten Fortgang, die einzige daran sich knüpfende Klage betrifft die feuchte Beschaffenheit des inländischen Weizens, doch geben dafür die fremden Ankünfte hinreichenden Ersatz. Das jüngst publicirte Resumé der vorjährigen Einfuhr von nicht minder denn 12,000,000 Quarters Weizen und Mehl hat einen sehr niederdrückenden Einfluß ausgeübt, man sieht darin einen Beweis, daß gleichviel, ob England selbst viel oder wenig erntet, bei Preisen von etwa 50 sh. pr. Quarter jedes Manco leicht gedeckt werden kann. Die immer wiederkehrenden Versicherungen: wie nun endlich eine Abnahme in dem amerikanischen Export eintreten werde und müsse, findet naturgemäß bei jeder Wiederholung weniger Glauben, eine durchschlagende Begründung für solche Versicherungen ist auch niemals gegeben und bis jetzt ist doch wohl nur der Wunsch Vater solcher Gedanken. Jedenfalls ist in England die Besserung aus der Weihnachtzeit nun wieder gänzlich verschwunden und der kleine Umsatz beschränkt sich auf die gangbarsten Sorten Weizen zu 1 bis 2 sh. billigeren Preisen. Die Einwirkung der Diebente-Erhöhung auf 5 pSt. aufs Geschäft wird jedenfalls auch nachtheilig einwirken und war die schlechteste Beigabe im heutigen klauen Londoner Telegraph. Frankreich motivirt das zeitweise schwache Befahren seiner Landmärkte durch die schlechten Wege; Paris ist klau, weil es heißt, daß die Administration  $\frac{1}{4}$  des eisernen Bestandes an die Bäcker zurückgeben werde, Holland verkauft saftweise nur

aus inländische Consumo. — Unsere Börse hat für Weizen zwar ebenfalls keinen Speculationsbegehrt und kann ihn nicht haben, weil unsere Preise gegen die auswärtigen Notirungen sehr viel zu theuer sind; aber wir haben zu geringe Zufuhr, als daß Verkäufer bei den fortwährend stattfindenden Verladungen sich einem Preisabschlage unterwerfen dürften; im Gegentheile sind namentlich die feinen schweren Weizen eher etwas theurer geworden und alle übrigen Sorten mit Ausnahme von schlechtem bezogenen und feuchten Zeug recht fest zu nennen. Roggen kommt in schwerer Waare so wenig, daß nicht einmal die Bäcker befriedigt werden, der größte Theil der Zufuhr besteht in leichtem Gewicht 117, 20rpf., dieser ist 1—1½ Sgr. theurer geworden, schwerer 124rpf. und darüber würde verhältnismäßig noch besser zu verkaufen sein und 54—55 Sgr. pr. 125rpf. bedingen. Am Montag sind von einem einzelnen Käufer 600 Last Roggen pr. Frühjahr gekauft; bezahlt wurde für polnische Lieferung 122rpf. pr. Mai bis Juni-Juli fl. 320 pr. 125rpf.; für inländische Connoissemments 81rpf. Minimalgewicht pr. April-Mai fl. 325 pr. 81rpf. Seitdem werden fl. 5 mehr verlangt, es ist aber überhaupt kein Abschluß weiter bekannt geworden. Erbsen verlieren immer mehr an Gunst und die Zufuhr bleibt davon viel zu groß für die Nachfrage. Gerste kommt wenig zu Markt; nur für schöne schwere Qualität trifft man bei billiger Forderung noch hin und wieder auf einen speculativen Abnehmer, es steht mit diesem Artikel aber sehr klau und scheint auch nicht besser werden zu können. Hafer, Saat-Qualität 35 Sgr., sonst aber 25—26 Sgr. pr. 50rpf. J. G. Spiritus kann keinen Weg zur Besserung finden, so lange die Berliner Berichte so sehr klau bleiben und die ganze Produktion unserer Provinz Preußen, wie auch theilweise Poens hier ihren Abzug zu suchen gezwungen sind. Der Preis von Tblr. 14½ ist denn auch nicht mehr so fest, wie vor acht Tagen, und muß man ein Nachgeben im Werthe befürchten.

### Meteorologische Beobachtungen.

|    |    |        |       |                              |
|----|----|--------|-------|------------------------------|
| 29 | 4  | 335,87 | + 2,4 | S.W. frisch, bez. u. neblig. |
| 30 | 9  | 332,21 | + 4,8 | W.W. mäßig, Nebel u. Regen   |
|    | 12 | 332,64 | + 5,6 | do. do. do.                  |

### Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Gesegelt am 30. Januar.  
L. G. Carl, Phönix Typ., u. Hull m. Getreide.  
Ankommend: 1 Sleep und 1 Bart.

### Producten-Berichte.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 30. Januar:  
Weizen, 95 Last, 132rpf. fl. 535; 130rpf. fl. 520, 510; 126, 27rpf. fl. 500; 124rpf. fl. 429; 123rpf. pr. 85rpf.; Roggen, 120, 21rpf. fl. 315; 125rpf. fl. 324; 127rpf. fl. 327 pr. 125rpf.  
Gerste 110rpf. fl. 240.  
Erbsen w. fl. 294, 300, 300, 306.

### Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Rittergutsbes. Gottliebson a. Niepczlowicz, Bers.-Znipekt. Garz a. Berlin. Weinhändler Ehlers aus Königsberg. Die Kaufl. Jacobi und Grang a. Berlin, Stern a. Chemnitz, Kleinau a. Magdeburg, Joachimsohn a. Samter u. Schmidt a. Königsberg.

Hotel de Berlin:

Hauptm. v. Lindauer-Wildau a. Breslau. Rittergutsbes. Hannemann a. Palschlen. Die Kaufl. Ehrhardt, Baum u. Meyrowski a. Berlin, Jäger a. Cöln u. Brunster a. Bremen.

Walter's Hotel:

Rittergutsbes. Weiß a. Niedamowo. Gutbesitzer Hoffmann a. Ad. Grenklin. Ingenieur Fegebeutel aus Hohenstein. Die Kaufl. Kleemann und Döring aus Marienburg u. Hammer a. Bunzlau.

Schmelzer's Hotel:

Die Kaufl. Gounin a. Lille, Müller u. Lebinsohn a. Berlin, Strauß a. Magdeburg und Witzel a. Bremen. Gasfabrikbes. Escher u. Fabrikbes. Freitag a. Maschau.

Hotel d'Oliva:

Gutbes. Lieber a. Gielowo. Die Kaufl. Beithmeyer a. Berlin, Kirstein a. Hamburg und Weyland a. Magdeburg.

Hotel de Thorn:

Gutbes. Carl Wessel n. Gm. a. Stüblau und Robinsohn a. Stettin. Banustr. Küche a. Neustadt. Die Kaufl. Kibbach a. Berlin und Jüttiger a. Cöln. Frau Kreisbaumstr. Gille a. Conz.

## Iduna.

### Lebens-, Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft zu Halle a. S.

Geschäfts-Uebersicht am 31. December 1862.

|            |                             |                           |                              |
|------------|-----------------------------|---------------------------|------------------------------|
|            | Versicherungs-Capital.      | Versicherte Rente.        | Jahres-Prämie.               |
| Angemeldet | 7,669,212 flr. 5 Sgr. 3 Pf. |                           |                              |
| Abgelehnt  | 889,995 „                   |                           |                              |
| Angenommen | 6,779,217 flr. 5 Sgr. 3 Pf. | — 8243 flr. 1 Sgr. 3 Pf.  | — 267,270 flr. 12 Sgr. 3 Pf. |
| Erlöschten | 1,858,935 „                 | — 5786 „ 7 „              | — 72,454 „ 4 „               |
| Bestand    | 4,920,282 flr. 5 Sgr. 3 Pf. | — 2456 flr. 24 Sgr. 3 Pf. | — 194,816 flr. 12 Sgr. 1 Pf. |

Zur Annahme neuer Versicherungs-Anträge, so wie zur Ertheilung von Prospecten und Formularen erbiten sich die Agenten

Th. Bertling, Gerbergasse No. 4,  
W. Wutsdorf in Neufahrwasser  
C. H. Krukenberg,  
Vorstädt. Graben No. 44. H.

## Stadt-Theater zu Danzig.

Sonntag, den 1. Februar. (5. Abonnement No. 9.)  
Der Mann mit der eisernen Maske.  
Drama in 5 Acten von C. Februn.

Dienstag, den 3. Februar c.,  
Abends 8 Uhr im untern Lokale des  
Gewerbehauses:

## Generalversammlung der vereinigten Sänger.

Gegenstand der Berathung: 1) Wahl des  
neuen Vorstandes; 2) Besprechung wegen eines  
zu gebenden Concertes.

Das Comité.

## 27. Auflage.

Motto: „Manneskraft erzeugt Muth und Selbstvertrauen!“

## DER PERSÖNLICHE Schutz.

27. Auflage.  
In Umschlag verpackt.

Aerztlicher Rathgeber  
in allen geschlechtlichen  
Krankheiten, namentlich in Schwächeständen  
etc. etc.  
— Herausgegeben von  
Laurentius in Leipzig.  
27. Aufl. Ein starker  
Band von 232 Seiten  
mit 60 anatomischen  
Abbildungen in Stahlstich.

— Dieses Buch, besonders nützlich für junge Männer,  
wird auch Eltern, Lehrern und Erziehern anempfohlen  
und ist fortwährend in allen namhaften Buchhandlungen  
vorräthig, in Danzig b. Leon Saunier.  
27. Aufl. — Der persönliche Schutz von Laurentius

Rthlr. 1  $\frac{1}{3}$  = fl. 2. 24 kr.

Ueber den Werth und die allgemeine Nützlichkeit dieses Buchs noch etwas zu sagen, ist nach einem solchen Erfolge überflüssig.

## Ein tüchtiger Gärtner

zum Obst- und Gemüse-Bau findet sofort eine vortheilhafte Stelle. Näheres im  
Versorgungs-Bureau des  
**A. Baecker,**  
Pfefferstadt 37.

## Picanten Frühstücks-Käse

empfiehlt pro Stück 1 Sgr.  
**A. W. Hoffmann,**  
Langenmarkt 47.

## Deconomie = Cleven

finden gegen jährliche Entschädigung von 100 Thln.  
zum 1. April d. J. beim Rittergutsbesitzer Kunde-  
Parchau p. Wigodda Aufnahme.

## Ein Wirthschafts-Eleve

für ein Haupt-Gut seines Kreises, wird gegen  
eine jährliche Pension von 100 Thln. sofort  
gesucht durch das Versorgungs-Bureau des  
**A. Baecker,**  
Pfefferstadt No. 37.

Ein elegantes Tafelfortepiano, neu,  
Ein sehr gut erhalt. Flügel, fast neu,  
billig zu verkaufen Sundegasse 104, 2 Tr.

Ein fast neuer Inhalations-Apparat ist  
billig zu verkaufen bei Herrn Opticus Müller,  
Jepenaasse No. 40.

Ein Hans mit Material und Schank, ist bei  
900 Thlr. Anzahlung zu verkaufen. Näheres  
Tischergasse No. 37.